

---

# Beschlussprotokoll zur 2. Tagung des 6. Stadtparteitages von DIE LINKE. Leipzig

**Datum:** 17. November 2018

**Uhrzeit:** 9:30 Uhr bis 17:55 Uhr

**Ort:** Veranstaltungsgebäude der LVB, Angerbrücke, Jahnallee 56

## 1. Eröffnung und Begrüßung

## 2. Konstituierung des 6. Stadtparteitages

## 3. Rede des Vorsitzenden

## 4. Einbringung des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms

## 5. Diskussion

## 6. Weitere Diskussion

## 7. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Von 113 Delegierten sind 90 anwesend (79,6%). Davon sind 49 weibliche Delegierte (54,4%) und 41 männlich Delegierte (45,6%).

## 8. Vorstellung und Wahl der Delegierten zum Landesparteitag 2019/20

Auf Anfrage in der Stadtgeschäftsstelle einsehbar.

## 9. ggf. Anträge, die satzungsrelevant sind

Es liegen keine satzungsändernden Anträge vor.

## 10. Einbringung und Beschluss des Finanzplan 2019

Abstimmung: **mehrheitlich angenommen.**

## 11. Vorstellung und Wahlen der VertreterInnen zum Landesrat 2019/2020

Auf Anfrage in der Stadtgeschäftsstellen einsehbar.

## 12. Anträge

### A 1: Jahresauftakt 2019 (Heft 1, S. 47)

Beschluss: Mehrheitlich angenommen, bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

„Die Einreicher\*innen beantragen die Finanzierung eines politischen Jahresauftakts 2019 der LINKEN.“

### A 2: Planungsauftrag für das Liebknecht-Haus im Jahr 2019

Beschluss: Angenommen, bei 6 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen

„Der Stadtvorstand beauftragt für das Kalenderjahr 2019 eine Planung für das Liebknecht-Haus (Braustraße 15). Gegenstand der Planung ist die Prüfung der Realisierbarkeit eines Neubaus im Hinterhof des Liebknecht-Hauses und die Prüfung einer Erstellung einer Aufzugsanlage inklusive der baulichen Veränderungen im Vorderhaus. Für diese Planung werden 15.000 Euro im Haushaltsjahr 2019 eingeplant. Dieser Haushaltsposten war in den letzten Jahren in den Haushaltsplanungen in ähnlicher Höhe unter dem Punkt „Rekonstruktion Liebknecht-Haus“ ausgewiesen, wurde aber bislang nicht verbraucht.“

### A 3: Workshop-Formate gegen rechte Parolen

Beschluss: Angenommen, bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen

„Die 2.Tagung des 6.Stadtparteitages möge beschließen, das der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Leipzig den Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes für die 2019 anstehenden Wahlkämpfe Workshop-Formate anbietet, in denen:

1. Die Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes darauf vorbereitet werden, rechten Parolen im Alltag schlagfertig zu begegnen.
2. Die StadtratskandidatInnen gemeinsam Strategien für einen Umgang mit der AfD im Leipziger Stadtrat entwickeln.“

### A 4: Verhältnis von DIE LINKE. Leipzig zur linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“

Beschluss: Ersetzungsantrag mehrheitlich angenommen, bei zwei Enthaltungen

### A 5: Protest gegen Blockade

Beschluss: Mehrheitlich angenommen, bei wenigen Enthaltungen

„Die Partei DIE LINKE versteht sich als eine internationalistische Friedenspartei und setzt sich deshalb für Gewaltfreiheit sowohl innerhalb eines Staates als auch zwischen Staaten ein. Demzufolge engagiert sie sich gegen Krieg, Völkerrechtsbruch und Menschenrechtsverletzung. Die Blockade der USA gegen Kuba seit 1959 ist eine Form des Völkerrechtsbruchs und Menschenrechtsverletzung, der längste Völkermord und Eroberungskrieg in der Geschichte der Menschheit. Als Partei für eine friedliche und solidarische Politik setzt sich die Partei DIE LINKE

unter anderem ein für die Anerkennung und das Recht auf Selbstbestimmung eines jeden Volkes, für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, für die solidarische Hilfe im Kampf zur Überwindung von Armut, Diskriminierung, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Die Blockadepolitik der USA beeinträchtigt katastrophal die gedeihliche Entwicklung des kubanischen Volkes, die internationale Zusammenarbeit mit Kuba, die Erhaltung und den Schutz der Natur in und um Kuba. Die Partei DIE LINKE reiht sich in den internationalen Kampf der fortschrittlichen Kräfte der Welt zur sofortigen Beendigung der Blockade der USA gegen Kuba ein. Vor diesem Hintergrund protestieren die Genossen/-innen des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig gegen die Blockade gegen Kuba und fordern »BLOCKADE GEGEN KUBA SOFORT BEENDEN!«.

## **Dringlichkeitsanträge**

### **D 1: Zurück zur Sacharbeit**

Beschluss: Mehrheitlich angenommen, bei drei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen

„DIE LINKE. Leipzig fordert die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, Personaldebatten, um die Fraktions- und Parteispitze zu beenden.

Wir appellieren deswegen an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion, dem Auftrag nachzukommen, den uns die Wähler\*innen erteilt haben: Für den Kampf um höhere Löhne und auskömmliche Renten, gegen Hartz IV und Leiharbeit, für eine menschliche und friedliche Außenpolitik und für eine sozial-ökologische Wende brauchen gerade wir als LINKE jede ehrenamtliche Unterstützung. Der erfolgreichen Mobilisierung, sowohl von GenossInnen als auch von mit uns Sympathisierenden, dient die derzeitige Situation nicht.“

### **D2: Solidarität mit den Beschäftigten der LVZ Druckerei**

Beschluss: Einstimmig angenommen.

DIE LINKE. Leipzig solidarisiert sich mit den Beschäftigten der LVZ Druckerei in Leipzig-Stahmeln und unterstützt sie beim Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

„Am 1.10.2018 teilte die Geschäftsführung der LVZ-Druckerei in Leipzig-Stahmeln den Beschäftigten mit, dass der Betrieb zum 31. Dezember 2019 geschlossen wird. Davon sind insgesamt etwa 60 Beschäftigte in der Druckerei und rund 200 in der ausgegliederten Zeitungsverarbeitung betroffen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Als „Tarifflicht“ bezeichnet ver.di zudem die daraus resultierende Verlagerung des Drucks der LVZ nach Halle zur Druckerei der Mitteldeutschen Zeitung, die nicht tarifgebunden ist. Die LVZ-Druckerei gehört zur Madsack-Mediengruppe, an der die SPD-eigene Medienholding DDVG 23% hält. Die Druckerei in Stahmeln war über eine lange Zeit Leuchtturm des Druckgewerbes. Mit ihrer Eröffnung im Jahr 1993 war sie die größte Druckerei in Ostdeutschland. Es ist klar, dass mit dem Sinke der Auflagenzahl von Zeitungen auch die anhängenden Gewerbe wie Druck und Weiterverarbeitung Federn lassen müssen. Die Schließung des Druckhauses in Stahmeln ist allerdings nicht alternativlos, zumal die geplante Verlagerung des Drucks der LVZ nach Halle nichts anderes als Tarifflicht bedeutet.

Wir erwarten von der Sozialdemokratie und der Stadt Leipzig, dass sie sich deutlich für den Erhalt der Druckerei, in deren Ausbau auch Fördermittel geflossen sind, einsetzt und auch praktisch handelt, zum Beispiel durch die Verlagerung des Drucks stadteigener Publikationen nach Leipzig. Dies wäre nicht nur ein Zeichen für den Erhalt von 260 Arbeitsplätzen, sondern auch verkehrspolitisch und ökologisch sinnvoll.“

---

**D3: Erstellung Finanzplan 2020-2025**  
Der Antrag wird nicht behandelt.

### ***Anträge Kommunalwahlprogramm***

Vorschlag Antragskommission: Anträge werden an die Redaktionskommission weitergeleitet, die diese mit dem Stadtvorstand berät und sie einarbeitet

Beschluss: Mehrheitlich angenommen

## **13. Schlusswort**